



Bürokratie-Hindernis in der Katastrophe?



Diplom-Ingenieur (FH)
ROY BERGDOLL
Brandoberamtsrat

BRANDSchutz-Fachredakteur
Katastrophenschutz
Ilvesheim

Große Themen wie Energiekrise und Gasmangellage haben wir gemeistert, die Unterbringung von Geflüchteten ist ohne nennenswerte Probleme weitergelaufen, Corona war kein großes Thema mehr und 2023 war ein Jahr ohne verheerende Waldbrände. Doch zum Jahreswechsel 2023/2024 traf es die norddeutsche Tiefebene: Vor allem Teile von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt standen nach den ergiebigen Regenfällen massiv unter Wasser, im Harz musste bei mancher Talsperre der Überlauf geöffnet werden. Deiche an den Flüssen waren weich und drohten zu brechen, Ortschaften galt es zu sichern. In vielen Teilen des Landes waren Einheiten der Feuerwehren, des THW, der DLRG – kurz des Bevölkerungsschutzes – unermüdlich über Wochen damit beschäftigt, den Wassermassen durch Schutzmaßnahmen an Deichen und anderen Wasserrückhalteeinrichtungen Einhalt zu gebieten. Es griffen sogar Systematiken aus dem EU-Katastrophenschutzverfahren: Kräfte des französischen Zivilschutzes waren mit mobilen Hochwasserschutzeinrichtungen in Niedersachsen im Einsatz, während im ebenfalls betroffenen Nordfrankreich gleichzeitig europäische Unterstützung zur Bekämpfung von Hochwassergefahren angefordert wurde. Haben wir aus den Hochwasserereignissen an Elbe, Oder und im Ahrtal in den vergangenen Jahren nichts gelernt? Doch! Deutschland hat gelernt, auch wenn die Umsetzung noch nicht allerorten mit der notwendigen Konsequenz erfolgt ist!

Ein Beispiel ist das »GeKoB«, das »Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz«. Darin vertreten sind Bundesbehörden und Landesregierungen, Bundeswehr, Bundespolizei, das THW und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Je nach Lage sollen weitere Fachbehörden hinzugezogen werden, für Gesundheitslagen beispielsweise das Robert-Koch-Institut. Darüber hinaus können sich auch Hilfsorganisationen nach der Zustimmung des Lenkungskreises beratend beteiligen. Während der steigenden Fluten in Norddeutschland waren Hilfsorganisationen und Feuerwehr, zumindest anfänglich, wohl nicht vertreten. Das GeKoB, aufgebaut nach der Flutkatastrophe im Ahrtal, sitzt an der Achillesverse des deutschen Krisenmanagements und könnte einiges bewegen. Denn Millionen Helfer, viel Geld und gute Technik stehen zum Schutz vor Naturereignissen bereit. Aber der Einsatz der Ressourcen wird auch durch einen Wirrwarr an Finanzierungsfragen, Zuständigkeiten und Kompetenzgerangel behindert. Hinzu kommt ein »verwirrendes Kompetenzknäuel« – so die Presse – aus Zuständigkeiten im Zivilschutz, im Katastrophenschutz, im Bevölkerungsschutz. Zudem stehen hinter diesen Schutzformen unzählige Gesetze und Richtlinien für Kommunen, Länder und den Bund – wie soll da etwas rasch und unbürokratisch umgesetzt werden können?

Ein weiterer Punkt: Flächige Schadenereignisse erfordern oftmals Unterstützung von Einheiten, die weit entfernt ihres eigenen Einsatzbereichs tätig werden. Konzepte zur »Vorgeplanten überörtlichen Hilfe« verdeutlichen hier ihre Notwendigkeit und ihre Stärke. Die Helfer beweisen eindrucksvoll ihre Motivation und die disponierenden und steuernden Einrichtungen wie das GeKoB und vor allem das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum (GMLZ) des Bundes und der Länder haben ein Werkzeug an der Hand, mit dem sehr genau die Leistungsfähigkeit, aber auch die Grenzen der Hilfe dargestellt werden können. Wichtig sind aber auch hier genaue, einheitliche Hilfeleistungsprofile. »Fähigkeitsmanagement« heißt die Lösung, die derzeit in den Ländern umgesetzt wird.

Der Katastrophenschutz ist gut – schnelle, wirkungsvolle Hilfe kann aber nur bei passenden Rahmenbedingungen funktionieren: weniger Bürokratie, eine schlagkräftige Einsatz(vor)planung und vor allem eine ausreichende Finanzierung. Sollte es nicht auch ein Sondervermögen »Bevölkerungsschutz«, ähnlich wie es nach dem russischen Angriff auf die Ukraine für die Bundeswehr eingeführt wurde, geben? Ich bin gespannt, wann wir im BRANDSchutz/Deutsche Feuerwehr-Zeitung das erste Mal drüber berichten können, dass flächenhafte Großschadenlagen nicht nur professionell, sondern auch unbürokratisch und ohne Finanzdiskussionen abgearbeitet werden konnten.